

Das „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 M. zuzüglich Beleggebühren. Die einzelne Nummer kostet 10 Pfennig.

# Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der „Briefetal-Bote“ für Birkenwerder, Bahnhof-Allee 5 und von allen Tages- und Nachtzeit angenommen. Die unentgeltliche Platzgebühr beträgt 25 Pfennig, die Restemenge 1 Mark.

## Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, Frohnau, Schönfließ und Umgegend

Fernsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Ausschließliches amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

Nr. 201

Fernsprecher Amt Birkenwerder 2006

Donnerstag, den 20. Dezember 1928

Postfachkonto: Berlin 62 448

27. Jahrg

### Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Ein Hund als zugelassen gemeldet.  
Birkenwerder, den 19. Dezember 1928.  
Der Amtsvorsteher. A. B. Matzke.

### Der Gemeindevorsteher Bergfelde.

Einladung zu einer Vergleichsstiftung der Gemeindevorstellung.

Zu der auf Freitag, den 21. Dezember 1928, abends 8 Uhr im Sitzungssaal des Gemeindevorstandes, hohen Neuendorfer Straße 3, abendräumten Vergleichsstiftung der Gemeindevorstellung, in der über die in nächster Tagesordnung vorgesehene Gegenstände beraten oder beschloffen werden soll, werden sämtliche Mitglieder der hiesigen Gemeinde-Vorstellung hiermit unter dem Hinweis eingeladen, daß die Abstantwenden sich den gefassten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

#### Tagesordnung:

1. Beschlußfassung über Anträge auf Sonderunterstützungen.
  2. Beschlußfassung über Aufnahme einer Anleihe von 14000 Mark aus der Kassenkammer des Kreispostamtes für Pflasterung der verlängerten Schulstraße, Westferrinerie in der August-Müller-Straße und Errichtung des Gemeindevorstandes für die Pflasterung der Mittelstraße und eines Teiles der Birkenwerder Straße.
  3. Beschlußfassung in der Bauangelegenheiten.
  4. Kenntnisnahmen und Beschloffenes
- Bergfelde, den 19. Dezember 1928.  
Der Gemeindevorsteher. Czokowski.

### Der Kampf um Kabul.

#### Erste Lage in Afghanistan.

Der Zustand in Afghanistan, dem man anfangs keine größere Bedeutung beilegte, hat in den letzten Tagen eine sehr erste Wendung genommen. Um die Landeshauptstadt Kabul ist ein heftiger Kampf im Gange. Dabei ist es den Aufständischen gelungen, mehrere Forts einzunehmen. Die Armee soll meitern, und das Königspaar sah sich gezwungen, in einem Fort Zuflucht zu nehmen.

Berichte Aman Allahs, neue Truppen zu sammeln, die ihm treu sind, sind ergebnislos verlaufen. Aman Allah besitzt nicht genügend Gewalt, die Forts von Kabul von den ausländischen Truppen zurückzuerobern. In Kabul selbst soll vollkommene Ruhe herrschen. Am Montag haben die Aufständischen das Fort, in dem sich König Aman Allah und die Königin aufhalten, in der Nähe von Kabul, durch Flugzeuge beschoßen. Die Regierung hat einen Aufruf an das Volk erlassen, in dem sie verlangt, daß sich alle Männer zu den Waffen melden und die Aufstandsbewegung bekämpfen sollen.

#### Beunruhigung in London.

In London verfolgt man die Lage in Afghanistan mit großer Sorge. Die Erfolge der Aufständischen in der unmittelbaren Umgebung von Kabul haben bereits die Sicherheit der ausländischen Vertreter in der afghanischen Hauptstadt in Frage gestellt. Die Revolte hat nicht mehr den Charakter von Erhebung einzelner Stämme. Die indische Regierung hat alle Vorbereitungen für eine Zurückziehung der britischen Untertanen in Kabul getroffen, wenn sich dies im Verlauf der weiteren Entwicklung als notwendig erweisen sollte. Die Mittelung, wonach die afghanische Armee oder Teile revoltiert haben, wird in weiteren Berichten bestätigt. Auf diese Tatsache wird auch die Einnahme von Forts in der Umgebung von Kabul zurückgeführt. Nach dem „Daily Telegraph“ richtet sich die Feindseligkeit gegen die Ausländer vorläufig gegen die Russen und Türken, weil russische Flieger im Dienste Aman Allahs die Aufständischen bombardiert haben und weil sich in der afghanischen Armee zahlreiche türkische Stabs-offiziere befinden.

Einer Meldung aus Neu-Delhi zufolge, ist die drahtlose Verbindung mit Kabul unterbrochen, so daß keinerlei Nachrichten mehr eintreffen.

### Bolivians Antwort an den Völkerverbund.

#### Der Vormarsch abgebrochen.

Dienstag vormittag ist in Genf eine Note des Außenministers von Bolivien, Clio, eingetroffen. Die Note, die an den Generalsekretär des Völkerverbundes zur Weiterleitung an den Staatspräsidenten gerichtet ist, stellt eine Beantwortung der Note Briand's aus Lugano vom 16. Dezember dar und ist vom 17. Dezember datiert. In der Note erklärt die Regierung von Bolivien, sie könne dem Völkerverbund die Versicherung geben, daß sie sofort dem Chef der militärischen Grenzposten die Anordnung erteilt habe, von jedem Vordringen und

von jedem Angriff abzuweichen und sich ausschließlich auf die Verteidigung zu beschränken. Die Regierung von Bolivien legt jedoch den Völkerverbund davon in Kenntnis, daß Paraguay die Mobilisierung der Massen 18 bis 28 angeordnet habe. Bolivien habe dagegen sich damit begnügt, die zur Sicherheit notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

Diese Note ist sofort sämtlichen Mitgliedern des Völkerverbundes übermittelt worden.

Die unerwartete Wendung, die infolge des Eingreifens der A.-B.-C.-Staaten eingetreten ist, hat in Genf Völkerverbundtreuen die Hoffnung erregt, daß sich der Völkerverbund, dessen Mahnungen bisher vollkommen unbeachtet geblieben waren, mit den Federn Chiles und Argentiniens schmücken könne. Man schmeichelt sich, daß nunmehr eine Ratstagung, an der die Vertreter von Bolivien und Paraguay teilnehmen würden, doch das Ergebnis haben könnte, daß die Beilegung des Streites zwischen den beiden Staaten sofort in Angriff genommen wird. Ferner ist man sofort in Fühlungnahme mit den Großmächten getreten, die nicht dem Völkerverbund angehören, jedoch unmittelbar an dem Streitfall interessiert sind, der Regierung der Vereinigten Staaten und der Regierung von Argentinien. Die Maßnahmen des Völkerverbundes beschränken sich bisher auf eine fortgesetzte telegraphische Fühlungnahme mit allen interessierten Regierungen. Welche weiteren Maßnahmen getroffen werden können, muß zunächst noch abgewartet werden.

Auch von Spanien, dem Mutterlande der südamerikanischen Staaten, ist ein Vermittlungsangebot ergangen, das allerdings wohl nur als eine Geste anzusehen ist. Paraguay soll sich bereit erklärt haben, das Vermittlungsangebot der Panamerikanischen Konferenz anzunehmen. In Washington glaubt man zu wissen, daß auch Bolivien die Vermittlung annehmen wolle, aber eine Entschädigung fordere.



Der Schauplatz des südamerikanischen Konflikts.

Die Karte zeigt den Gran Chaco, das strittige Grenzgebiet zwischen Bolivien und Paraguay, in dem es zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Grenztruppen der beiden Staaten gekommen ist.

### Einigung in der Sachverständigenfrage?

#### Neue Versprechung Hoechs mit Poincaré.

Der deutsche Botschafter von Hoech hatte am Montag eine erneute Unterredung mit Ministerpräsident Poincaré in der Frage der Einigung des Reparations-Sachverständigenausschusses. Diese Unterhaltung hat zu einer Annäherung der beiderseitigen Standpunkte in den bekannten noch ausstehenden Punkten geführt.

Zum Besuch des deutschen Botschafters bei Poincaré erklärt der offiziöse „Gecefflor“, daß sich die Unterhaltung auf die noch strittigen Punkte in der Sachverständigenfrage bezogen habe. Nachdem sich die deutsche und die französische Regierung darüber geeinigt hätten, die Diskussion ihrer rein juristischen Seite zu entkleiden, seien die Hauptschwierigkeiten überwunden. Wie von zuständiger Berliner Stelle erklärt wird, sind in der Unterredung die noch strittigen drei Punkte, nämlich die Frage der Ernennung der Sachverständigen, die Frage der Ernennung der amerikanischen Sachverständigen und die Frage der Auftragserteilung erörtert worden. Ueber Einzelheiten lasse sich im Augenblick jedoch noch nichts sagen, da der Meinungs-austausch noch nicht endgültig abgeschlossen sei.

### Der Brandenburger Raubmord.

#### Todesurteil für Willy Schmidt.

Der vor dem Brandenburger Schwurgericht angetragene Willy Schmidt hatte in Gemeinschaft mit dem 21-jährigen Erich Schmidt, der für unheilbar geisteskrank erklärt worden ist, im Dezember 1927 den Brauereibesitzer Freybank in Brandenburg auf bestialische Weise ermordet. Während Willy Schmidt als der geistige Urheber bezeichnet werden muß, hat Erich Schmidt die Bluttat ausgeführt.

Willy Schmidt wurde wegen Mordes und schweren Raubes zum Tode verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte werden ihm auf Lebenszeit abgeprochen.

Das Gericht hat beschlossen, mit Rücksicht auf die Jugend und die Verhältnisse, in denen der Angeklagte aufgewachsen ist, zu empfehlen, die Todesstrafe auf dem Gnadenwege in eine Freiheitsstrafe umzuwandeln.

### Schlusssdienst.

#### Gemeingefährliche Gerüchte in Ostpreußen.

Königsberg, 19. Dezember. Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, Dr. Siehr, wendet sich mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, in der es u. a. heißt: „Seit einiger Zeit werden in der Provinz allenthalben, zum Teil sogar in öffentlichen Versammlungen, Gerüchte verbreitet, daß Ostpreußen aufgegeben oder gegen andere Gebiete ausgetauscht werden solle. Diese Gerüchte sind völlig unwahr. Der Gedanke, Ostpreußen in irgendeiner Form aufzugeben, ist von keiner amtlichen deutschen Stelle auch nur erwogen worden. Genau das Gegenteil ist richtig. Die Gerüchte sind geeignet, Ostpreußen auf das schärfste zu schädigen, indem sie die Begehrlichkeit Ostpreußens feindlicher Kreise stärken und die Kreditwürdigkeit der Provinz untergraben. Die Verbreitung dieser Gerüchte muß daher geradezu als gemeingefährlich und verbrecherisch bezeichnet werden.“

#### Französischer Ministerrat unter Vorkitz Doumergues.

Paris, 19. Dezember. Am Dienstag vormittag fand unter dem Vorkitz des Staatspräsidenten Doumergues im Elysée ein wichtiger Ministerrat statt. Ministerpräsident Poincaré unterrichtete das Kabinett über den Stand der Verhandlungen zur Ernennung der Sachverständigen für die Reparationsregelung. Nachdem in den letzten Tagen und zuletzt mit dem deutschen Botschafter von Hoech gepflogenen Unterredungen, scheint eine allgemeine Einigung bevorzustehen. Außenminister Briand erbatte einen Bericht über die auswärtige Lage und über die Unterhaltungen, die er während der Ratstagung in Lugano mit dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann und dem englischen Außenminister Chamberlain hatte.

#### Schwere Folgen eines Gasrohrbruchs.

Bad Wildungen, 19. Dez. Durch Bruch eines Gasrohres strömte Gas in die Wohnung eines Ehepaares im Erdgeschoss des Hauses Königsstraße 18 und tötete die Bewohnerin im Schlaf. Eine im gleichen Hause wohnende Frau, die die erste Meldung zur Polizei brachte, hatte ebenfalls schon so viel Gas eingeatmet, daß sie auf der Polizei ohnmächtig umfiel. Weitere in dem Hause wohnende Personen, Kinder und Erwachsene, schwebten einige Zeit in Lebensgefahr, doch gelang es schließlich den Ärzten, sie wieder zum Bewußtsein zu bringen.

#### Verhaftung von zwei Beamten der Reichsvermögensverwaltung.

Köln, 19. Dez. Wie verlautet, sind in Koblenz zwei Beamte der Reichsvermögensverwaltung durch die französische Polizei festgenommen worden. Es handelt sich um mittlere Beamte, von denen der eine sich mit einer Jagdgefährdung auf dem Hundstreck befand und von dort nach Koblenz abgeführt wurde. Der andere Beamte wurde in seiner Wohnung verhaftet und ebenfalls ohne Angabe von Gründen abgeführt. Ein dritter Beamter war zur Vernehmung geladen, ist aber wieder freigelassen worden. Die Gründe, die die Franzosen zu der Verhaftung veranlaßt haben, sind unbekannt.

#### Senatswahlen in Rumänien.

Am Montag fanden in Rumänien die Senatswahlen statt, die ebenfalls zugunsten der Regierungsparteien ausfielen. Obwohl die Magistrats- und die Distriktsabgeordneten, die den Senat wählen, noch unter der früheren Regierung gewählt worden sind und zum größten Teil aus Mitgliedern der Liberalen Partei bestehen, werden die Regierungsparteien etwa 45 Mandate, die Liberalen 26 im Senat erhalten. Bisher wurde nur ein einziger Zwischensfall gemeldet. In Bufau wollten Anhänger der Liberalen Partei in größerer Zahl in das Wahllokal eindringen. Die Wache gab mehrere Schüsse ab, durch die ein ehemaliger Abgeordneter verwundet wurde.